



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit	09.06.2021	öffentlich	Beschluss

Betreff:

**Sondernutzungen für Plakatstände vor der Bundestagswahl 2021
hier: Änderung Vollzugsrichtlinie zur Plakatierung vor Wahlen**

Anlagen:

- Entscheidungsvorlage
- Vollzugsrichtlinie Änderungsfassung
- Vollzugsrichtlinie Lesefassung
- TISCHVORLAGE Vollzugsrichtlinie zur Plakatierung vor Wahlen Lesefassung
- TISCHVORLAGE Vollzugsrichtlinie zur Plakatierung vor Wahlen Änderungsfassung

Sachverhalt (kurz):

Die Vollzugsrichtlinie zur Plakatierung vor Wahlen wird geändert. Neben mehreren formalen Anpassungen werden auch einzelne Regelungen (Plakatierung an einem Ort, Schutz von Bäumen und Zeitraum der Entfernung der Plakatierungen nach der Wahl) geändert.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ *weiter bei 3.*)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Es ist keine Diversity-Relevanz zu erkennen, da diese Maßnahme keine bestimmte Personengruppe bevorteilt oder benachteiligt und keine Personengruppe besonders betroffen ist.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die beigefügten Änderung der Vollzugsrichtlinie zur Plakatierung vor Wahlen. Die Änderungen treten mit diesem Beschluss in Kraft.